

Festlegungsprotokoll der Beratung des Parteivorstandes am 11. November 2017

Tagesordnung:

- TOP 1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, Beschlussfassung über Tagesordnung, Zeitplan, Beschlusskontrolle
- TOP 2. Aktuelle Politik
- TOP 3. Finanzen
- TOP 4. Behandlung weiterer Vorlagen
- TOP 5. Personalfragen

Ablauf der Sitzung:

Eingangs gedachte der Parteivorstand seines verstorbenen Mitglieds Dominic Heilig.

13.05 bis 14.10 Uhr **TOP 1 Beschlussfähigkeit, Tagesordnung, Zeitplan, Beschlusskontrolle**

Die Beschlussfähigkeit wurde festgestellt.

Die nachgereichte Vorlage 2017/128 wurde in den Tagesordnungspunkt 5 eingeordnet.

Es fand – anlässlich des Rücktritts von Matthias Höhn – eine längere Verständigung über das Zustandekommen und die Struktur der Tagesordnung sowie über die mediale Berichterstattung in den vergangenen Tagen statt.

Die Tagesordnung wurde bestätigt. Der Zeitplan wurde bei einigen Enthaltungen beschlossen.

Die Informationsvorlage 2017/122i Beschlusskontrolle wurde zur Kenntnis genommen.

Ralf Krämer kritisierte, dass der Beschluss zum geplanten Mitgliederentscheid zum Bedingungslosen Grundeinkommen nicht angemessen umgesetzt wird. Die Empfehlung des Parteivorstandes sollte über den Newsletter und den Kreisverteiler veröffentlicht werden. Die Stand der Beschlussumsetzung soll in die Beschlusskontrolle der nächsten Beratung aufgenommen werden.

Für die nächste Beratung des Parteivorstandes – eintägig, nur am 3. Dezember – wurde verabredet, dort den Bericht des Jugendverbandes aufzusetzen und eine offene Diskussion über den Vorschlag eines Einwanderungsgesetzes zu führen. Dazu werden die Bundestagsfraktionsvorsitzenden, die Projektgruppe für ein Einwanderungsgesetz und die BAG Migration eingeladen.

14.10 bis 15.35 Uhr **TOP 2 Aktuelle Politik**

Themen der Verständigung waren:

- Schwarze Ampel - hat sich auf fast nichts geeinigt, aber was bekannt ist, läuft auf eine Regierung der Reichen, eine Koalition der sozialen Kälte hinaus; wie dagegen kampagnenfähig werden? Am Thema Soli deutlich machen, dass es sich um eine Umverteilung handelt, dies sollte auch in den Kommunal- und Landesparlamenten thematisiert werden.
- In verschiedenen Beiträgen wurde das Problem angesprochen, dass DIE LINKE sich auf unterschiedliche Milieus stützt, die nicht gegeneinander gestellt werden dürfen; die strategische Herausforderung im Umgang mit diesen Widersprüchen muss in offener Diskussion weitergeführt werden.

- In Lebus, Brandenburg, ist ein AfD-Bürgermeister u.a. mit zwei Stimmen von über eine offene Liste der LINKEN gewählten Gemeindevertreter_innen gewählt worden. Der Landesvorstand hat sich distanziert und die beiden Gemeindevertreter aufgefordert, ihr Mandat zurückzugeben.
- Verharmlosung und Normalisierung im Umgang mit der AfD verhindern, bei Protesten in Hannover gegen den AfD-Bundesparteitag präsent sein (das wird bereits gut vorbereitet), weiter darüber diskutieren, wie der AfD begegnet werden soll;
- Bewegung und Streiks an den Krankenhäusern, es gründen sich immer mehr Bürgerbündnisse, in denen DIE LINKEN zum Teil gut vertreten ist, in Berlin ist ein Volksentscheid geplant.
- Es wurde auf den Prozess gegen eine Ärztin in Gießen hingewiesen, die auf ihrer Website auf die Möglichkeiten von Abtreibungen aufmerksam macht, hier ist öffentlich Protest gefordert.
- Die Partei war bei den Protesten gegen den Klimagipfel sehr präsent, Dafür wurde auch Dank an die Aktiven ausgesprochen. Es wurde gefordert, Klimazerstörung mehr zum Thema machen.
- Katalonien: Die Internationale Kommission ist nicht zu einer gemeinsamen Erklärung gekommen, zur nächsten Parteivorstandsberatung soll ein Beschlussentwurf vorgelegt werden.
- IG-Metall-Runde zur Arbeitszeitverkürzung;
- Hungerkatastrophe im Jemen – Saudiarabien, die Verursacher des Elends im Jemen sind, ist Empfänger von Waffenexporten aus der Bundesrepublik – dies ist scharf anzugreifen;
- Empörung über die Paradise-Papers;
- Integration vieler neuer Mitglieder, davon sehr viele Junge, in die Partei, u.a. aus Niedersachsen und Thüringen wurde darüber berichtet, wie die Integration der Neuen auch einen Kulturwandel in der Partei auslöst.

In der Kaffeepause fand eine Solidaritätsaktion gegen die Repression in Katalonien statt.

15.50 bis 16.05 Uhr **TOP 3 Finanzen**

Thomas Nord hatte eine Präsentation zur finanziellen Entwicklung der Partei vorbereitet, die angesichts des Zeitverzugs in der Sitzung nicht gezeigt wurde. Er kündigte an, dass der Parteivorstand sich intensiver mit der finanziellen Situation befassen muss und einen Länderfinanzausgleich für vier Jahre beschließen sollte. Ferner wies er auf die anstehenden Tarifverhandlungen und die Planung des zentralen Wahlkampffonds hin.

Die Vorlage 2017/120i Finanzabrechnung per 30.9.2017 wurde zur Kenntnis genommen. Dem Bereich Finanzen wurde gedankt.

Die Vorlage Finanzantrag zum politischen Aschermittwoch in Bayern 2018 wurde mehrheitlich beschlossen, nachdem ein Antrag auf Verschiebung dieses Antrags mehrheitlich abgelehnt wurde. **Beschluss 2017/125**

Ruth Firmenich kündigte an, dass demnächst ein ähnlicher Antrag aus dem Saarland eingereicht wird.

Die Vorlage „Antrag aus Bayern an den ZWKF“ wurde einstimmig beschlossen. **Beschluss 2017/124**

Die Vorlage 2017/123i zur Abrechnung des Wahlkampfbudgets 2017 wurde zur Kenntnis genommen.

Die Vorlage 2017/126 zum Karl-Marx-Jahr 2018 in Trier wurde bei einer Enthaltung unter der Maßgabe beschlossen, dass die Finanzen bereitgestellt werden, dass aber die Antragsteller_innen gebeten werden, die Mittel nicht nur für die aufblasbare Karl-Marx-Figur einzusetzen. **Beschluss 2017/126**

16.05 bis 16.20 Uhr: **TOP 4 Behandlung weiterer Vorlagen**

Die Vorlage Ausschreibung Clara-Zetkin-Frauen-Preis 2018 wurde einstimmig beschlossen. **Beschluss 2017/119**

Die Vorlage auf Durchführung einer BAG Hartz IV Delegiertenkonferenz wurde mit Änderungen einstimmig beschlossen. **Beschluss 2017/114**

Es wurde bedauert, dass es in der Partei seit längerer Zeit keine funktionierende BAG-Hartz IV mehr gibt.

Die Vorlage 2017/127 „Antrag eines Mitglieds der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik“ wurde an den Geschäftsführenden Parteivorstand verwiesen, weil sich in der Sitzung kein Mitglied des Parteivorstandes für die Anhörung zur Verfügung stellte.

16.20 bis 18.25 Uhr: **TOP 5 Personalfragen**

Es wurde eine geschlossene Sitzung nach Punkt 6.(2) der Geschäftsordnung hergestellt, Hans Modrow wurde die Teilnahme gestattet.

Die Parteivorsitzenden stellten ihren Vorschlag zur kommissarischen Ausübung der Bundesgeschäftsführung vor. Es gab eine ausführliche Diskussion über die Begründung des Rücktritts von Matthias Höhn, über Verfahrensfragen und über den Personalvorschlag selber.

Viele Vorstandsmitglieder beklagten, dass ihre Entscheidungssouveränität oft durch die Bedingungen der Mediengesellschaft eingeschränkt wird.

Entsprechend der Bundessatzung § 31 (8) wurde die Abstimmung über die Vorlage 128 geheim durchgeführt. Die Vorlage „Aufgaben der Bundesgeschäftsführung“ wurde bei 30 Anwesenden mit 21 Fürstimmen, 7 Neinstimmen und 2 Enthaltungen beschlossen. **Beschluss 2017/128**

Ende der Beratung: 18.25 Uhr

Teilnehmer_innen aus dem Parteivorstand:

		11.11.2017
Aken	Jan van	Ja bis 17.10
Al-Dailami	Ali	ja
Benda	Judith	E
Bierbaum	Heinz	E
Brix	Arne	ja
Buchholz	Christine	Ja
Dahme	Katharina	Ja
Ehling	Janis	Ja ab 17.50
Eumann	Nina	E
Firmenich	Ruth	ja
Gennburg	Katalin	ja
Gleiss	Thies	ja
Grünberg	Harri	ja
Haydt	Claudia	E
Hunko	Andrej	ja

		11.11.2017
Kipping	Katja	ja
Köditz	Kerstin	ja
Krämer	Ralf	ja
Lay	Caren	ja
Lederer	Klaus	nein
Leidig	Sabine	Ja ab 15.45
Mayer	Anja	ja
Merk	Xaver	E
Neuhaus-Wartenberg	Luise	ja
Nord	Thomas	ja
Pflüger	Tobias	ja
Redler	Lucy	ja
Riekewald	Franziska	E
Riexinger	Bernd	Ja ab 15.45
Schaft	Christian	ja

		11.11.2017
Scheringer-Wright	Johanna	ja
Seifert	Ilja	E
Sprengel	Claudia	ja
Strunge	Miriam	ja
Tändler-Walenta	Marika	E
Tempel	Frank	ja

		11.11.2017
Trochowski	Daniela	ja
Troost	Axel	ja
Wissler	Janine	E
Wolf	Harald	ja
Zelik	Raul	ja
Zoschke	Dagmar	E

Gäste (manche nur stundenweise):

Name	Bereich/Institution
Martin Glasenapp	Bundesgeschäftsstelle
Claudia Gohde	Bundesgeschäftsstelle
Christina Kaendl	Bundesgeschäftsstelle
Christoph Kröpl	Bundesgeschäftsstelle
Jan Marose	Bundesgeschäftsstelle
Angelika Mai	Bundesausschusspräsidium
Hans Modrow	Ältestenrat
Artur Pech	Bundesausschusspräsidium
Bärbel Romanowski	Medienberaterin
Kerstin Wolter	Bundesgeschäftsstelle

Aufgeschrieben von: Claudia Gohde

Verteiler: Verteiler entsprechend Geschäftsordnung des Parteivorstandes, Anlage 2
Bereichs- und Büroleiter/innen der Bundesgeschäftsstelle.